



Pressemitteilung

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.

Hotelprojekt am Königssee als Stärkung der Region DEHOGA Bayern und Gemeinde ziehen an einem Strang



(Schönau am Königssee) In einem Bürgerentscheid soll über die Zukunft des geplanten Hotelprojekts am Königssee entschieden werden. So soll neben der Erweiterung des Hotel Königssee ein neues Familien- und Wellnesshotel mit Konferenzräumen im 4-Sterne-Segment entstehen. Der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern und Schönaus Bürgermeister Stefan Kurz sind sich bereits einig, dass der Standort von einem weiteren Angebot an Unterkünften nur profitieren würde.

So besteht dringender Bedarf an neuer Bettenkapazität im 3 bis 4-Sternebereich um den Erhalt und die Erweiterung von qualifizierten Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen für die Tourismusbranche zu gewährleisten. Desweiteren würde das ortsansässige Handwerk durch Aufträge gestärkt sowie die heimischen Lebensmittelerzeuger nachhaltig durch erhöhte Absatzmengen gefördert werden.

Darüber hinaus könnten mehr Sportevents durchgeführt werden, zusätzlich fände durch Veranstaltungsmöglichkeiten eine Belebung der Zwischensaisonen statt. Auch für die Olympiabewerbung 2022 wären die Investitionen enorm wichtig, da hierfür das Bettenangebot insgesamt in jedem Segment nachgewiesen werden muss und diese Anlagen den Standort nachhaltig aufwerten und beleben würden. Hierdurch würde wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der Region im Vergleich zu anderen touristischen Regionen und Urlaubsdestinationen deutlich gestärkt werden.

Seite 2 von 2

Mit der damit einhergehenden höheren Gästefrequenz, auch durch internationales Publikum, wird der Tourismusstandort Königssee / Berchtesgadener Land gesichert und die einheimische Hotellerie und Gastronomie geschützt. Auch die dringend notwendige Verbesserung des Ortsbildes könnte durch das Hotelprojekt umgesetzt werden.

Johannes W. Hofmann, Vorsitzender der DEHOGA Bayern-Kreisstelle Berchtesgadener Land, warnt: „Ein Scheitern dieses Projektes würde den Tourismusstandort um Jahrzehnte zurückwerfen, da sich nach einem Fehlschlag des jetzigen Vorhabens auf lange Sicht kein Investor mehr finden wird. Wollen wir zurück in die 90er Jahre mit dem Wiederbeleben von sozialen Unterkünften mit all ihren negativen Folgen? Oder wollen wir uns als moderner, umweltfreundlicher Tourismusort präsentieren und somit die Region auf Jahre hinaus auf einen sicheren Weg der ortsnahen Erwerbstätigkeit führen? Ich fordere somit alle Verantwortlichen auf, für dieses so immens wichtige Unternehmen zu kämpfen. Die Verantwortung ist nun wohl wieder beim Bürger und ich gehe davon aus, dass der Wähler die Zeichen der Zeit gut erkennt und der Sache dienen wird. Private Belange von einigen Beteiligten am politischen Entscheidungsprozess sind dringend hinten anzustellen.“

Auch Oberbayerns Bezirksvorsitzender Franz Bergmüller unterstreicht die Wichtigkeit für die heimische Wirtschaft: „Für die regionalen Wirtschaftsstrukturen ist die Umsetzung dieses Projektes unabdingbar. Denn nicht nur die Hotelbranche an sich würde profitieren, sondern auch das heimische Handwerk sowie der Einzelhandel würden dadurch weiter angekurbelt werden, ganz zu schweigen von den Arbeitsplätzen, die dadurch geschaffen würden. Bei der Verteilung der touristischen Gesamtwirtschaft generiert das Gastgewerbe 40 Prozent, Handel, Handwerk und Dienstleistung die restlichen 60 Prozent. Schlussfolgernd profitieren also auch diese Branchen zusätzlich, wenn weitere Gäste nach Königssee reisen. Auch stellen diese Projekte keine Konkurrenz zu den bestehenden 2- und 3-Sternebetrieben dar, sondern beflügeln insgesamt den Standort im Vergleich zur internationalen Konkurrenz“, so Bergmüller.

Allein in Oberbayern bestreiten rund 200.000 Personen ihren Lebensunterhalt mit Einkünften aus dem Tourismus. Von den 12,6 Mrd. Euro an touristisch bedingten Umsätzen in Oberbayern fließen rund 274 Mio. Euro als Steueraufkommen gleich wieder zurück an die Kommunen, was angesichts leerer kommunaler Kassen mittlerweile einen bedeutenden Einnahmefaktor darstellt.

Schönaus Bürgermeister Stefan Kurz befürchtet, dass die für den Bürgerentscheid benötigten Unterschriften zusammenkommen werden: „Die Bevölkerung wird von den Projektgegnern mit falschen Darstellungen auf die Gegenseiten gezogen. So wird behauptet, dass die Kosten aus der Gemeindekasse gedeckt würden. Das ist Unfug: Dafür haben wir Investoren, die die Gelder bringen. Jedoch wären die bereits investierten 500.000 Euro sowie 10 Jahre Arbeit verloren, wenn das Projekt durch den Bürgerentscheid gestoppt wird.“

- Ende der Pressemitteilung -